

EINE LÖSUNG DER TIBETFRAGE IST IM INTERESSE CHINAS

Im Wahljahr 2009 wird ICT Politikerinnen und Politiker über ihre Haltung zur Tibetfrage befragen. Den Anfang macht Holger Haibach (CDU/CSU), Vorsitzender des Tibet-Gesprächskreises im Deutschen Bundestag.

ICT: Herr Haibach, Sie sind Vorsitzender des Tibet-Gesprächskreises im Deutschen Bundestag – warum ist die Tibetfrage für Sie wichtig?

Holger Haibach: Die Tibetfrage ist aus sich heraus besonders wichtig, weil es um das Recht eines Volkes auf kulturelle und religiöse Selbstbestimmung und Autonomie geht. Sie ist darüber hinaus für ganz China wichtig, da es in China eine ganze Reihe von Volksgruppen gibt, die Verfolgungen ausgesetzt sind, siehe das Beispiel der Uiguren. Tibet ist für mich aber auch ein Symbol für die vielen verschiedenen Volksgruppen auf der Welt, die ihre eigene Kultur oder ihre politischen Vorstellungen nicht ausleben können, weil eine Mehrheit in einer Gesellschaft dies verhindern möchte.

ICT: Stichwort Autonomie: die Bundesregierung vertritt offiziell die Position, die kulturelle und religiöse Autonomie der Tibeter zu fördern. Welche Rolle kann und soll die deutsche Politik in der Tibet-Frage konkret übernehmen?

Holger Haibach: Es muss der chinesischen Regierung mit verschiedenen Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen klar gemacht werden, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, in Tibet eine wirkliche Autonomie zu gewähren. Denn gerade in einem Vielvölkerstaat wie China ist es sehr wichtig, den Minderheiten gewisse Rechte einzugestehen, um so Konflikten wie etwa dem im letzten März in Tibet vorzubeugen. Auf der anderen Seite muss die deutsche Politik Solidarität mit dem Dalai Lama bekunden, und ich halte es für wichtig, mit dem Dalai Lama entsprechende Gespräche zu führen, wenn er im Ausland zu Gast ist. Insgesamt muss es Aufgabe sein, die chinesische Regierung mit einer ausbalancierten Politik aus Druck und Anreizen dazu zu bewegen, zu einer einvernehmlichen Lösung der Tibetfrage bereit zu sein.

ICT: Sie waren im Dezember zu politischen Gesprächen in China und konnten mit Vertretern der chinesischen Politik sprechen. War Tibet dabei ein Thema?

Holger Haibach: Meine Reise fand unmittelbar nach Chinas Absage des EU-China-Gipfels als Reaktion auf Sarkozys Zusammentreffen mit dem Dalai Lama statt. Daher war für mich in meinen Gesprächen mit den Vertretern der außenpolitischen Abtei-

lung der chinesischen KP das erste Thema immer Tibet. Es gibt graduelle Unterschiede, aber generell gibt es die Haltung, dass es Gespräche mit dem Dalai Lama nicht geben sollte. Es war jedoch interessant zu sehen, dass es doch einige Vertreter gab, die das Ganze ein bisschen differenzierter sehen. Auf der anderen Seite gab es auch solche, die mit Beschimpfungen reagieren, wenn man äußert, dass der Dalai Lama eine positive Rolle spielt. Nach meiner Meinung gibt es eine generelle Ablehnung in der KP, aber doch unterschiedliche Auffassungen, wie man auf den Dalai Lama reagieren sollte.

ICT: Was halten Sie von der politischen Kontroverse um den offiziellen Empfang des Dalai Lama durch Bundeskanzlerin Angel Merkel?

Holger Haibach: Ich halte solche Treffen nach wie vor für richtig. Und ich halte es nach wie vor für richtig, wenn der Dalai Lama nach Deutschland kommt und es sich anbietet, dass entsprechende Gespräche auch stattfinden. Grundsätzlich tun wir denen, die unter Druck stehen, keinen Gefallen, wenn wir sie nicht öffentlich wahrnehmbar machen. Es gehört zu einer guten Menschenrechtspolitik gerade gegenüber China, das Gespräch hinter verschlossenen Türen zu suchen, aber auf der anderen Seite darf man nicht das Spiel derer mitspielen, die uns unseren außenpolitischen Handlungsspielraum nehmen wollen, indem sie uns vorschreiben, uns mit diesem oder jenen zu treffen, hier mit einem Vertreter einer ethnischen Minderheit in China. Und anstatt auf die Gesichtswahrung der chinesischen Seite bedacht zu sein, sollten wir auch an unsere eigene Selbstachtung und unser Gesicht denken, indem wir uns nicht von anderen vorschreiben lassen, wie wir unsere Außenpolitik gestalten sollen. Es gibt allerdings keine Exklusivität der Mittel, wir brauchen beides, sowohl öffentliches Eintreten als auch Diplomatie hinter verschlossenen Türen.

ICT: Denken Sie, dass sich die Stellung zu Menschenrechtsfragen bei der chinesischen Regierung nach den Olympischen Spielen verändert hat?

Holger Haibach: Ich denke, die Dinge sind nach den Spielen nicht mehr so wie sie waren. Die Olympischen Spiele haben aber

sicherlich keine fundamentale Veränderung der chinesischen Menschenrechtspolitik gebracht. Dass zum Beispiel chinesische Regimekritiker immer noch festgenommen werden, zeigt mir, dass dieses Bewusstsein nicht gewachsen ist. Sicher ist auch realisiert worden, dass dieser große erhoffte Imagegewinn nicht eingetreten ist. Einen viel größeren Einfluss wird nach meiner Auffassung die Finanzkrise haben, die China sehr stark getroffen hat. Dies kann zu großen sozialen Eruptionen führen und die chinesische Regierung enorm unter Druck setzen, etwas an den gesellschaftlichen Verhältnissen in China zu ändern.

ICT: Am 10. März dieses Jahres wird der 50. Jahrestag des tibetischen Volksaufstandes und die Flucht des Dalai Lama ins Exil begangen. Wie zeigen Sie an diesem Tag Ihre Solidarität mit Tibet?

Holger Haibach: Um diese Zeit werden wir im Bundestag eine menschenrechtliche Debatte haben. Mein Ziel ist es, dabei Tibet ganz prominent in den Mittelpunkt zu rücken, um zu zeigen, dass dieses Thema noch nicht erledigt ist, wie es sich die chinesische Regierung gerne wünschte.

Vielen Dank für das Gespräch.

 Das Interview führten Kai Müller und Gyentsen Zatul



Holger Haibach Foto: www.holger-haibach.de

Der Bundestagsabgeordnete Holger Haibach ist Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages sowie Obmann der CDU/CSU-Fraktion. Darüber hinaus ist er seit 2005 Vorsitzender des Tibet Gesprächskreises im Deutschen Bundestag. Dieses interfraktionelle Gremium wurde im Mai 1995 mit dem Ziel gegründet, im Parlament ein Bewusstsein für die Tibet-Problematik zu schaffen. Zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren versucht der Tibet-Gesprächskreis „Mittel und Wege zu finden, wie die deutsche Politik zur Verbesserung der Lage in Tibet beitragen kann“.